



Hamburgisches
WeltWirtschafts
Institut

Vollbeschäftigung in Reichweite

Michael Bräuninger, Jörg Hinze

HWWI Policy

Paper 1-35
des

HWWI-Kompetenzbereiches
Wirtschaftliche Trends

Prof. Dr. Michael Bräuninger
Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)
Heimhuder Straße 71 | 20148 Hamburg
Tel +49 (0)40 34 05 76 - 300 | Fax +49 (0)40 34 05 76 - 776
braeuninger@hwwi.org

Jörg Hinze
Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)
Heimhuder Straße 71 | 20148 Hamburg
Tel +49 (0)40 34 05 76 - 344 | Fax +49 (0)40 34 05 76 - 776
hinze@hwwi.org

HWWI Policy Paper
Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)
Heimhuder Straße 71 | 20148 Hamburg
Tel +49 (0)40 34 05 76 - 0 | Fax +49 (0)40 34 05 76 - 776
info@hwwi.org | www.hwwi.org
ISSN 1862-4960

Redaktionsleitung:
Thomas Straubhaar (Vorsitz)
Michael Bräuninger

© Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI) | Oktober 2010
Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwertung des Werkes oder seiner Teile
ist ohne Zustimmung des HWWI nicht gestattet. Das gilt insbesondere
für Vervielfältigungen, Mikroverfilmung, Einspeicherung und Verarbei-
tung in elektronischen Systemen.

Vollbeschäftigung in Reichweite

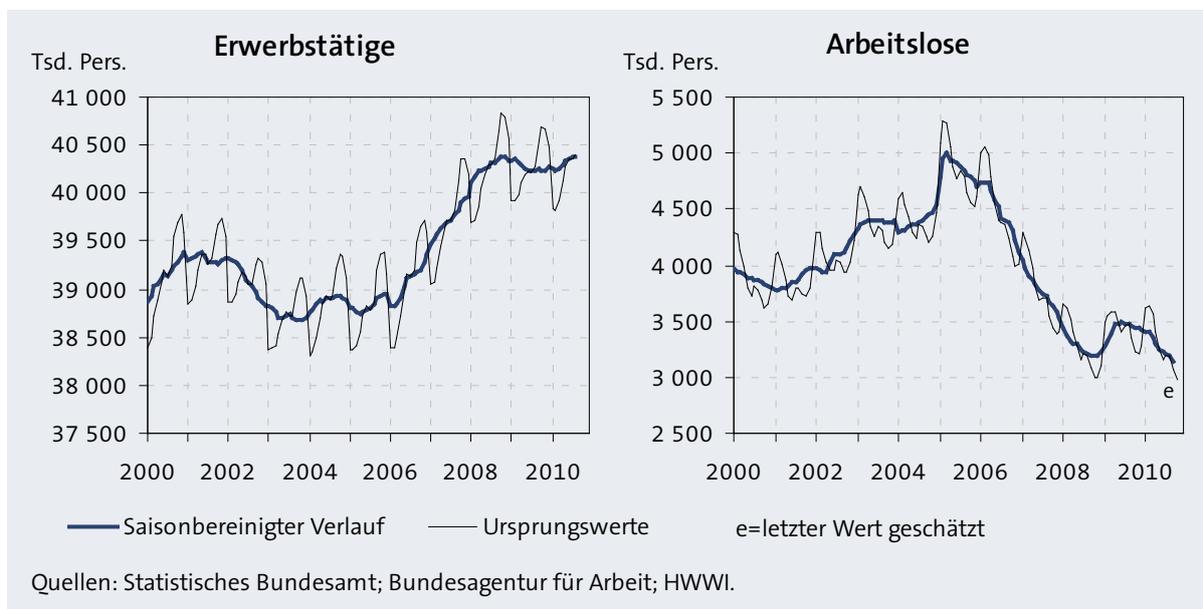
Michael Bräuninger, Jörg Hinze

Eine Kurzstudie im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

Entwicklung von Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit

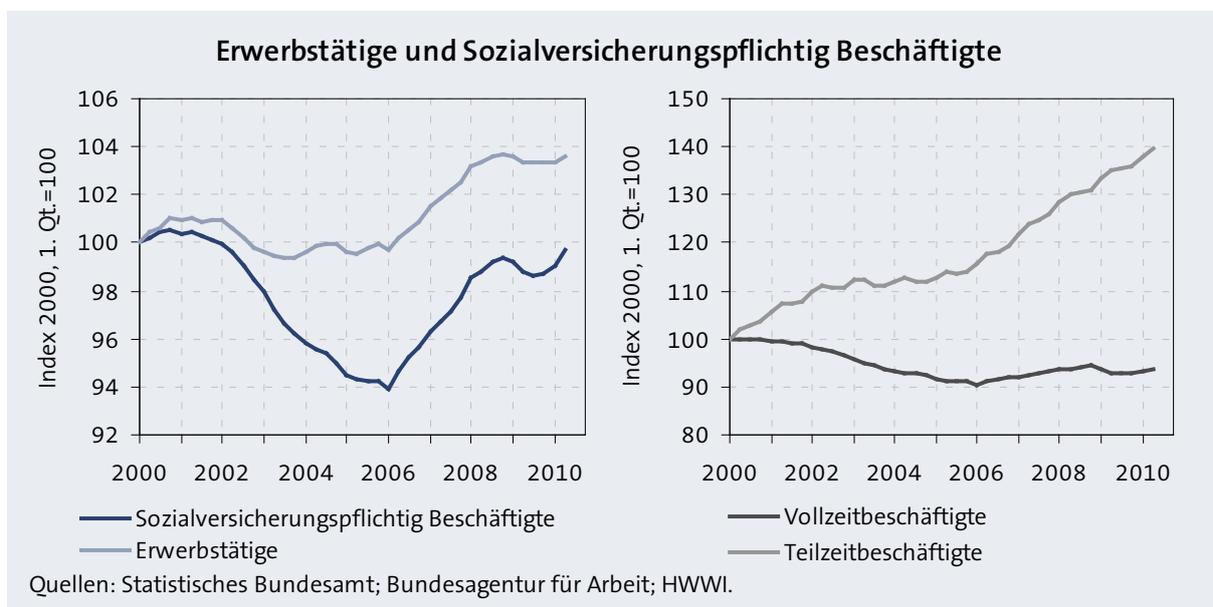
Der Arbeitsmarkt in Deutschland hat sich inzwischen weitgehend von der Krise erholt. Die Zahl der Arbeitslosen ist in Oktober das erste Mal seit 1992 unter die 3-Millionen-Marke gefallen; auch saisonbereinigt lag die Zahl nur noch knapp über 3 Mio. Damit hat sich der seit fünf Jahren vorherrschende positive Trend nunmehr fortgesetzt. Noch zu Jahresbeginn 2005 waren mehr als 5 Mio. Menschen in Deutschland arbeitslos gewesen. Die günstige Entwicklung der Arbeitslosigkeit spiegelt die ebenso positive Entwicklung der Erwerbstätigkeit wider. Die Zahl der Erwerbstätigen ist über die letzten fünf Jahre um mehr als 1 ½ Mio. auf fast 40 ½ Mio. gestiegen. Davon profitierte zum größten Teil die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, die sich in dieser Zeit von 26 ¼ auf 27 ¼ Mio. erhöhte und damit fast wieder das Niveau des Jahres 2000 erreichte. Der Anstieg kam hier zu einem Drittel Vollzeitbeschäftigten und zu zwei Dritteln Teilzeitbeschäftigten zugute. Die (ausschließlich) geringfügige Beschäftigung hat nach ihrem sprunghaften Anstieg im Anschluss an die Hartz-Reformen in den Jahren 2003/2004 auf fast 5 Mio. Personen nur noch wenig zugenommen, seit Mitte 2009 sogar wieder um 100.000 abgenommen. Das liegt aber wohl nicht zuletzt an Substitutionseffekten, denn die geringfügige Beschäftigung war während der Krise noch ausgeweitet worden, als die Erwerbstätigkeit insgesamt deutlich zurückging.

Abbildung 1



Der Abschwung in der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/09 hat auf dem Arbeitsmarkt - gemessen am Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion - nur relativ leichte Spuren hinterlassen. Dabei haben der Einsatz und die Neuordnung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente eine Schlüsselrolle gespielt. So nahm die Zahl der Erwerbstätigen von Oktober 2008 bis Oktober 2009 lediglich um 160 000 bzw. 0,4 % ab. Allerdings war die Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe unmittelbarer von der Krise betroffen. Der Beschäftigungsrückgang war mit 4,6 % wesentlich ausgeprägter und die geleisteten Arbeitsstunden gingen dort sogar um fast 9 % zurück. Sicherlich wirkte insgesamt auch stabilisierend, dass der konjunkturell bedingte Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigung zu einem Großteil durch den ungebrochenen Anstieg sozialversicherungspflichtiger Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse kompensiert wurde. Als Hauptgrund für den relativ moderaten Rückgang der Beschäftigung während der Krise ist allerdings der Einfluss des neu gestalteten Kurzarbeitergeldes zu nennen, das länger bezogen werden konnte und ferner auch staatliche Unterstützung bei Sozialabgaben vorsieht. Die Unternehmen haben davon regen Gebrauch gemacht, so dass die Zahl der Kurzarbeiter innerhalb von nur sechs Monaten nach Ausbruch der Krise im Oktober 2008 von nahe Null auf fast 1,5 Mio. hochschnellte; bei einem durchschnittlichen Arbeitszeitausfall von etwa einem Drittel konnten so rund 500.000 Angestellte in ihrem Arbeitsverhältnis gehalten werden. Dabei spielte sicherlich auch eine Rolle, dass die Unternehmen qualifizierte Arbeitskräfte halten wollten.

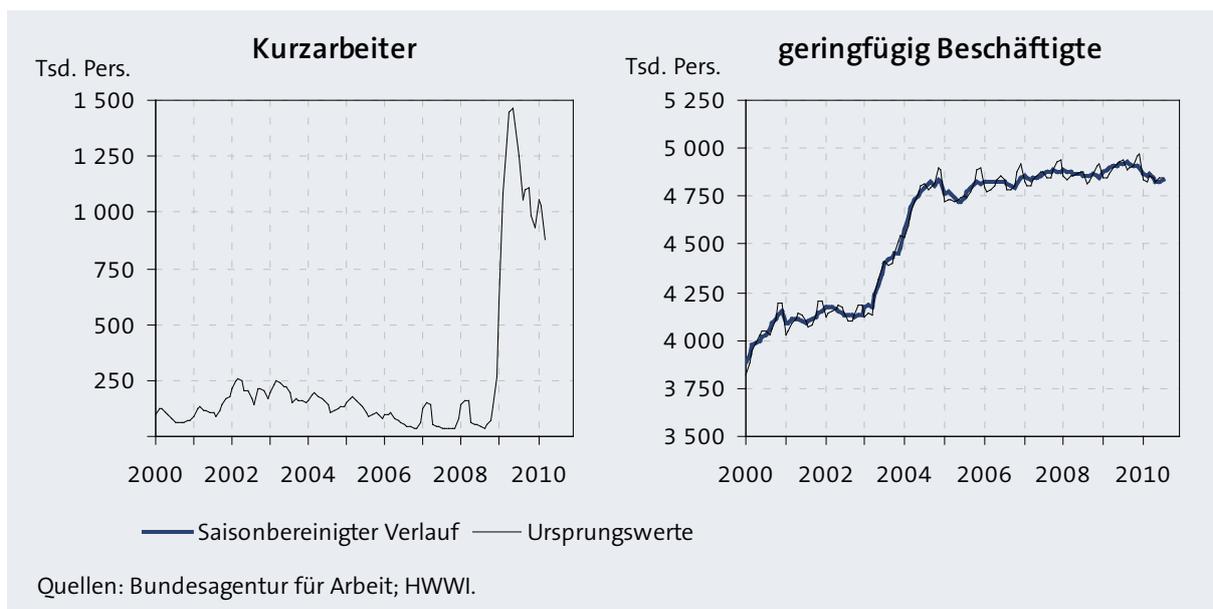
Abbildung 2



Welche Rolle dieses Argument spielt, wird durch einen genaueren Blick auf die von der Krise betroffenen Sektoren deutlich. Die Krise ging insbesondere mit einem erheblichen Einbruch der

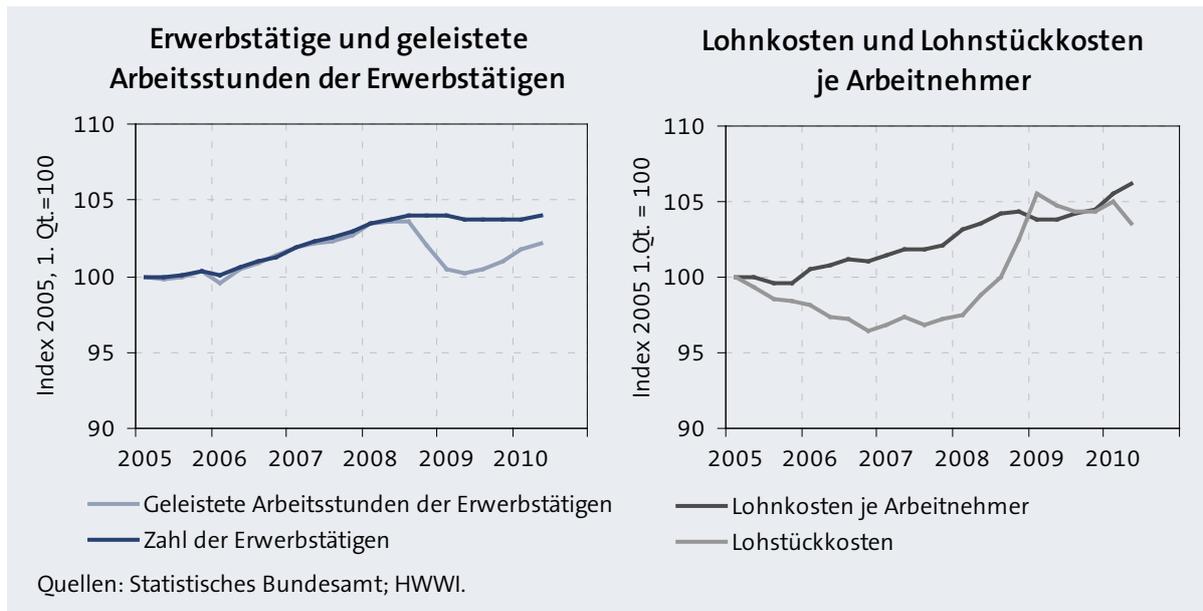
Exporte einher und hat entsprechend die exportorientierten Unternehmen am härtesten getroffen. Dies sind jedoch gerade jene Unternehmen, welche vor der Krise den Fachkräftemangel bereits am deutlichsten spürten. Für sie war daher der Anreiz am höchsten, Fachkräfte in der Krise zu halten. Gleichzeitig haben diese Unternehmen sehr vom Boom vor der Krise profitiert und waren daher wirtschaftlich in der Lage – in Kombination mit dem Kurzarbeitergeld – ihre Fachkräfte zu halten. Dass der Arbeitsmarkt so wenig von der Krise betroffen ist, ist insbesondere dieser besonderen Situation geschuldet (vgl. Möller 2010).

Abbildung 3



Der Einsatz von Kurzarbeit, der Abbau von Guthaben auf Arbeitszeitkonten und der Zuwachs bei geringfügig und Teilzeitbeschäftigten hat zwar die Zahl der Erwerbstätigen in der Krise stabilisiert, schlug sich aber in einem deutlichen Rückgang des Arbeitsvolumens nieder. Die Arbeitsproduktivität pro Arbeitnehmer ging daher deutlich zurück. Umgekehrt spiegelt sich das in einem kräftigen Anstieg der Lohnstückkosten wider. Mit der wieder einsetzenden Erholung der deutschen Konjunktur seit dem Frühjahr/Sommer 2009 hat sich dieser Prozess zwar umgedreht, aber so wie das reale Bruttoinlandsprodukt noch nicht das Vorkrisenniveau erreicht hat, gilt dies auch für das Arbeitsvolumen und respektive für die Lohnstückkosten.

Abbildung 4



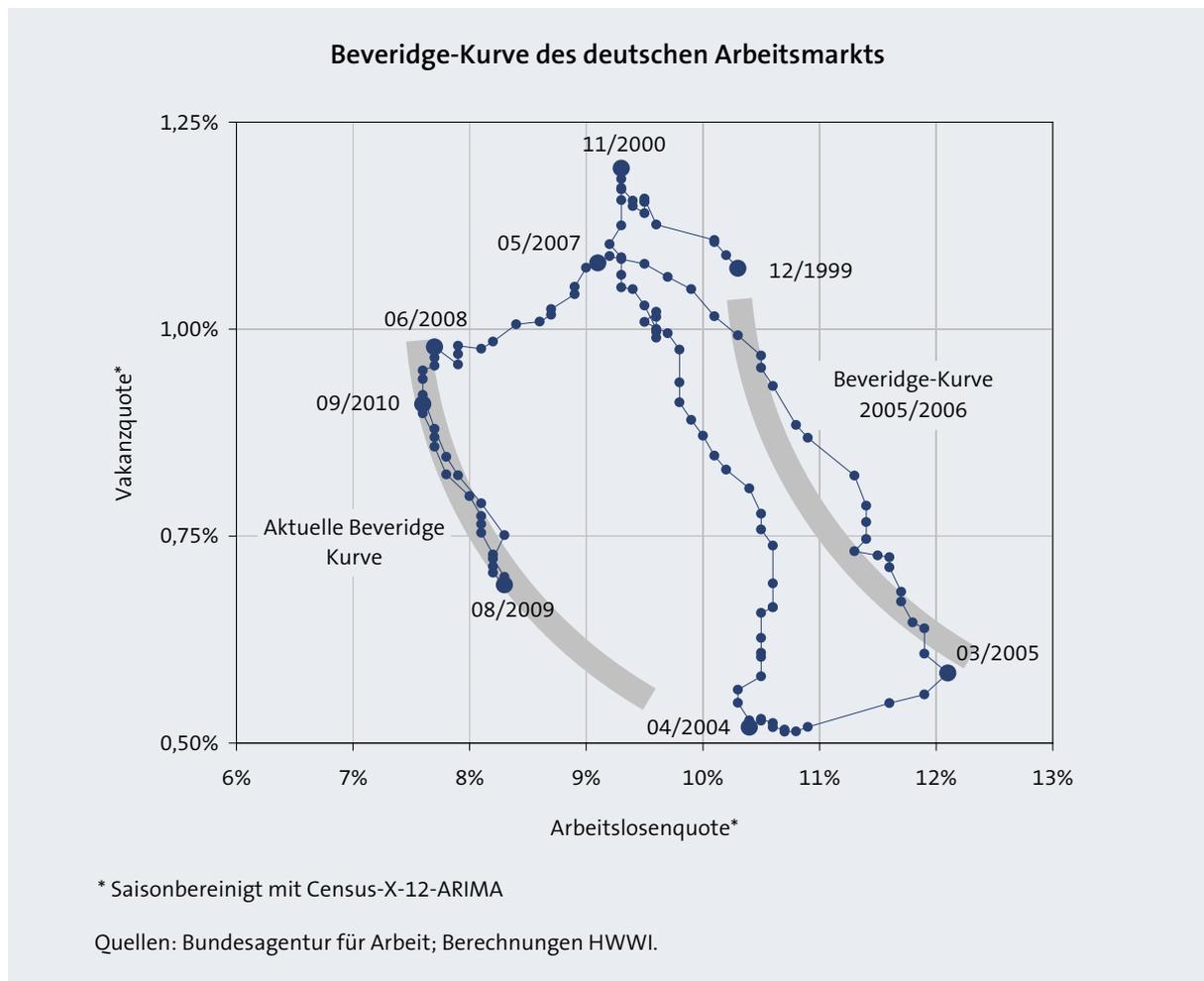
Gründe für die Entwicklung

Die Erholung am Arbeitsmarkt, die von 2005 bis kurz nach Ausbruch der Finanzkrise zu beobachten war, beruhte auf mehreren Faktoren. Die gute konjunkturelle Entwicklung leistete einen wesentlichen Beitrag zur Erholung am Arbeitsmarkt. Gleichzeitig haben sich aber auch strukturelle und damit nachhaltige Verbesserungen am Arbeitsmarkt vollzogen. So hat die insgesamt moderate Tariflohnpolitik, indem sie die Verteilungsspielräume nicht voll ausschöpfte, beschäftigungsfördernd gewirkt. Gleichzeitig zeigen Analysen für die Entwicklung vor der Krise, dass sich ebenso die nicht-konjunkturbedingte Arbeitslosigkeit (NAIRU) verringert hat (vgl. Sachverständigenrat 2008). Dies wird auch durch das Konzept der Beveridge-Kurve belegt, die Rückschlüsse zur strukturellen Verfassung des Arbeitsmarktes zulässt. Hierzu werden bei der Beveridge-Kurve vakante Stellen und Arbeitslosigkeit zu einem Zeitpunkt verknüpft. Das gleichzeitige Auftreten von Arbeitslosigkeit und offener Stellen weist dabei auf strukturelle und friktionelle Arbeitslosigkeit hin, da auf dem Arbeitsmarkt einer sofortigen Besetzung vakanter Stellen offenbar Hindernisse entgegenstehen. Zwischen Vakanzen und Arbeitslosigkeit besteht entlang der Beveridge-Kurve ein inverser Zusammenhang, eine Abnahme der Vakanzen korrespondiert mit einer Zunahme der Arbeitslosigkeit. Nachhaltige, gleichgerichtete Änderungen beider Größen deuten hingegen auf strukturelle Veränderungen und eine Verschiebung der Beveridge-Kurve hin.

Abbildung 5 zeigt die Entwicklung des Verhältnisses von Vakanzen und Arbeitslosigkeit für die deutsche Volkswirtschaft im Zeitraum Dezember 1999 bis September 2010. Präziser gesagt werden

die Vakanzquote, die die gemeldeten ungeforderten offenen Stellen in Relation zu den Erwerbstätigen setzt, und die Arbeitslosenquote abgebildet.

Abbildung 5



Zu erkennen sind auf den ersten Blick drei Positionen der Beveridge-Kurve. Die erste Position nahm die Beveridge-Kurve in den Jahren 2000 bis zum Jahresende 2004 ein. Die zweite galt für die Jahre 2005 und 2006 und die dritte und aktuelle Lage der Beveridge-Kurve wurde kurz vor Ausbruch der Finanzkrise erreicht. Dabei ist die Verschiebung der Beveridge-Kurve 2000/2004 auf 2005/2006 jedoch der Hartz IV-Reform geschuldet, die eine Veränderung der Zählweise und damit über Nacht einen sprunghaften Anstieg der *registrierten* Arbeitslosigkeit mit sich brachte. Insofern kann gemutmaßt werden, dass beide Positionen der Beveridge-Kurve die gleiche strukturelle Verfassung des Arbeitsmarktes indizieren. Beginnend im Jahre 2007 nahmen hingegen sowohl die Vakanzquote als auch die Arbeitslosenquote bis zum Sommer 2008 signifikant ab, was auf eine höhere Effektivität der Such- und Arbeitsvermittlungsprozesse und damit auf eine geringere strukturelle und friktionelle Arbeitslosigkeit schließen lässt. Selbst die außergewöhnlich tiefe Wirtschafts- und Finanzkrise scheint zu keinen strukturellen Verschlechterungen am Arbeitsmarkt geführt zu haben. Festzustellen war

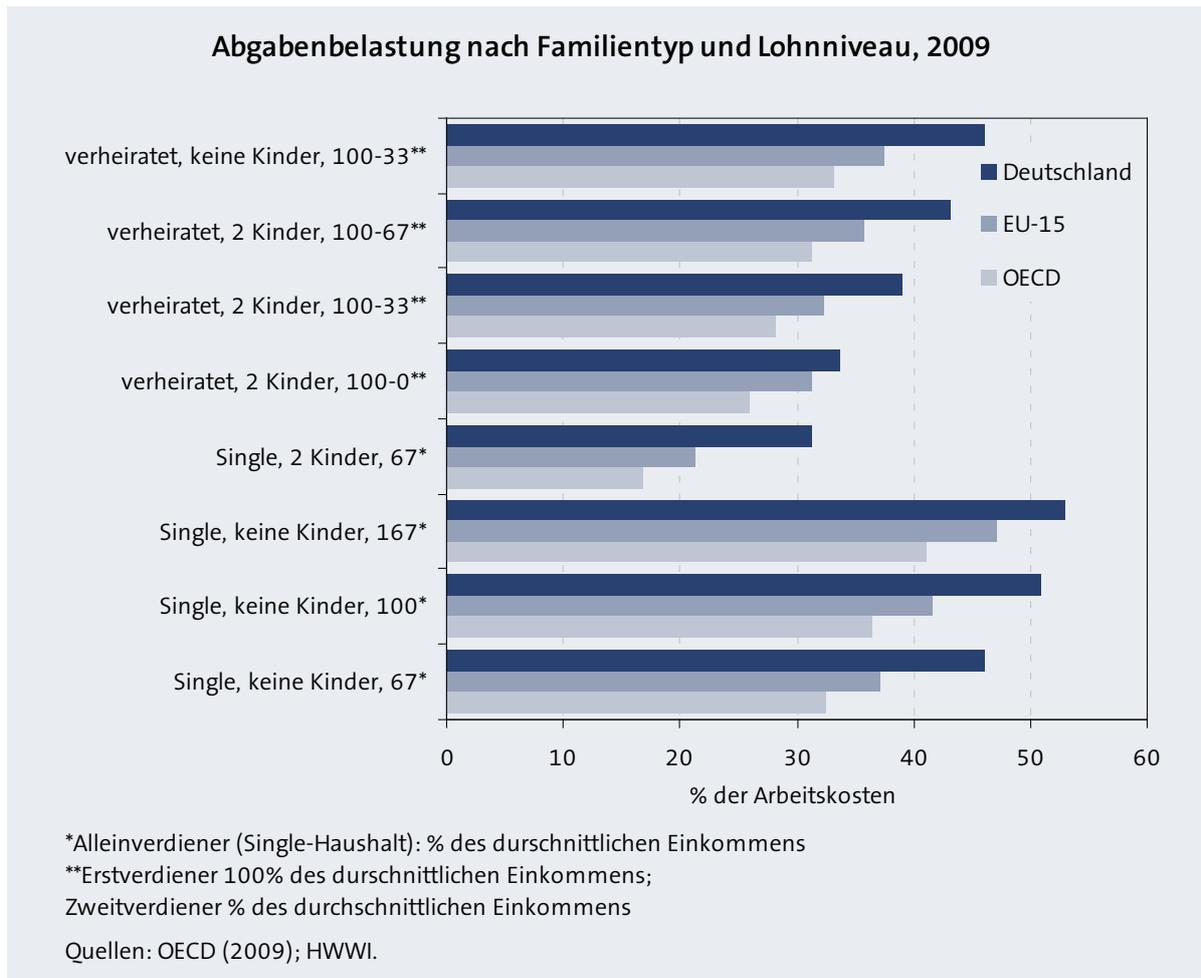
lediglich eine konjunkturell begründete Zunahme der Arbeitslosigkeit und eine hiermit korrespondierende Abnahme der Vakanzquote. Dieser Prozess drehte sich jedoch bereits Mitte 2009, angetrieben durch den sich erholenden Welthandel, wieder um und führte zu einer entgegengesetzten Bewegung entlang der Beveridge-Kurve, deren Lage unverändert blieb.

Vollbeschäftigung: Was ist zu tun?

Trotz der erreichten Erfolge am Arbeitsmarkt sollte in den Bemühungen um eine weitere Verbesserung der Beschäftigungssituation nicht nachgelassen werden. Tatsächlich ist es möglich, dass sowohl die sozialversicherungspflichtige Vollzeittätigkeit weiter gesteigert wird, als auch die Arbeitslosigkeit weiter abnimmt. Damit dies geschieht, muss die Dynamik am Arbeitsmarkt erhalten und verbessert werden. Dazu ist ein weiterhin beschäftigungsfreundlicher und differenzierter Kurs der Tarifpolitik notwendig. Wesentlich ist auch, dass die Lohnnebenkosten weiter gesenkt werden. Diese sind von 25,4 % im Jahr 2003 auf 22,9 % im Jahr 2009 gesunken. Dennoch sind die Lohnnebenkosten im internationalen Vergleich weiterhin auf einem hohen Niveau (OECD 2009). Abbildung 6 zeigt die Abgabenbelastung (Steuern und Sozialabgaben) für verschiedene familiäre Situationen und Einkommen in Deutschland im Vergleich zu den EU- und OECD-Ländern. Es wird deutlich, dass die Abgabenlast in Deutschland in allen Einkommensgruppen deutlich über dem EU- und OECD-Durchschnitt liegt. Besonders problematisch ist der große Abstand in der Abgabenbelastung bei den unteren Einkommensgruppen.

Die hohe Abgabenbelastung im unteren Einkommensbereich resultiert daraus, dass die gesetzlichen Lohnnebenkosten bei sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung sofort in vollem Umfang anfallen. Das bedeutet, dass die Sozialversicherungsbeiträge einen Keil von rund 40 % zwischen die Arbeitskosten und die Nettolöhne treiben. Besonders stark treffen die Sozialbeiträge Alleinstehende mit geringen Einkommen. Hier sind weitere Reformen notwendig, damit die Schere zwischen der Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung und der Erwerbstätigkeit geschlossen wird. In diesem Zusammenhang ist eine Reduktion der staatlichen Zuschüsse zu den Sozialversicherungen aus Gründen der Haushaltskonsolidierung höchst problematisch.

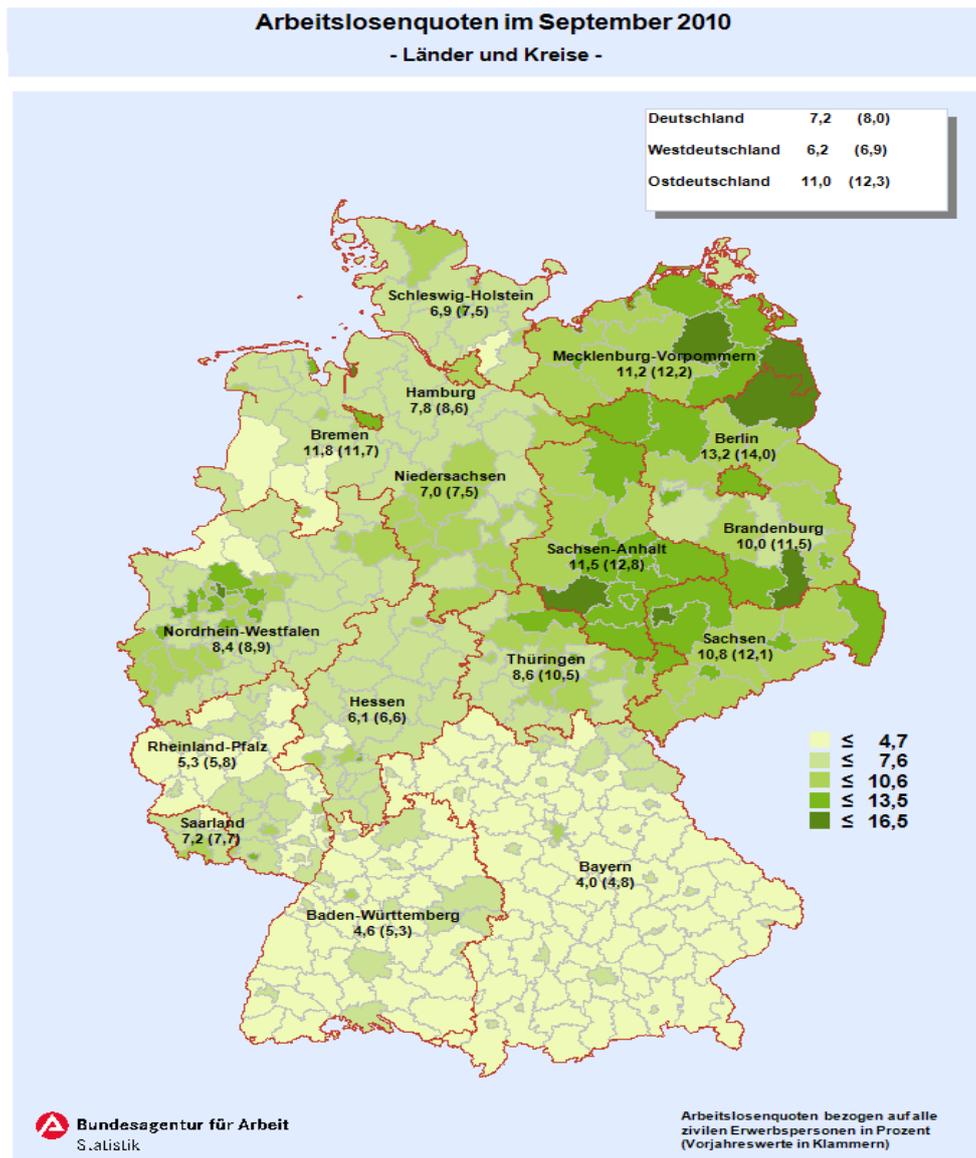
Abbildung 6



Die gesamtwirtschaftlich positive Entwicklung der Beschäftigung verdeckt große regionale Unterschiede bei Beschäftigung und Arbeitslosigkeit. So liegt die Arbeitslosenquote in Bayern aktuell bei 4,0 %, während sie sich in Sachsen-Anhalt bei 11,5 % befindet. Aber auch innerhalb der Bundesländer gibt es starke Divergenzen (vgl. Abbildung 7).

Damit Vollbeschäftigung für Deutschland möglich wird, müssen die regionalen Differenzen der Arbeitslosenquoten abgebaut werden. Dazu könnte die Produktion sehr viel stärker regional differenziert stattfinden. Dies scheint aber schwierig, da in den Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit neben Infrastruktur insbesondere auch hochqualifizierte Beschäftigte fehlen (vgl. Südekum 2006, Bräuninger u. a. 2008). Da es aufgrund des demografischen Wandels zu einem Mangel an Fachkräften und Hochqualifizierten kommen wird, könnte sich dieses Problem noch deutlich verschärfen. Deshalb ist, neben einer höheren Mobilität der gering qualifizierten Beschäftigten in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit, insbesondere die Standortbindung von Hochqualifizierten erforderlich.

Abbildung 7



Von entscheidender Bedeutung für das Vollbeschäftigungsziel ist eine deutliche Reduktion der Langzeitarbeitslosen. Dabei sind derzeit etwa 1/3 der Arbeitslosen länger als ein Jahr arbeitslos und gehören damit in diese Kategorie. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist seit 2005 in Relation zum Bestand deutlich zurückgegangen. In Teilen ist dies auf die gute konjunkturelle Entwicklung in den Jahren 2005 bis 2008 zurückzuführen. In der Regel haben aber „normale“ Arbeitslose mehr vom Konjunkturverlauf profitiert als Langzeitarbeitslose. Deshalb deutet die Entwicklung zwischen 2005 und 2008 darauf hin, dass sich die Situation am Arbeitsmarkt strukturell geändert hat. Dies zeigt, ebenso wie der Verschiebung der Beveridge Kurve dass Maßnahmen möglich sind, um die Langzeitarbeitslosigkeit zu verringern.

Langzeitarbeitslosigkeit ist sehr häufig mit bestimmten individuellen Charakteristika verbunden, die zu geringeren Einstellungschancen führen. Zu diesen Charakteristika gehört insbesondere das Bildungsniveau und die familiäre Situation: Unter den Langzeitarbeitslosen finden sich zum einen besonders viele gering Qualifizierte und zum anderen besonders viele Alleinerziehende.

Bildung ist insgesamt eine der wesentlichen Determinanten der strukturellen Arbeitslosigkeit. So hatten nach der Statistik der Bundesagentur für Arbeit unter den Arbeitslosen im September 2010 in Deutschland 43 % keine abgeschlossene Berufsausbildung. Dabei betrug der Anteil der Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung im Rechtskreis SGB III nur 23 %. Im Rechtskreis SGB II, in dem die Langzeitarbeitslosen sehr viel stärker vertreten sind, lag dieser Anteil aber bei 54 %.¹ Im Bereich der gering Qualifizierten können zum Teil arbeitsmarktpolitische Programme helfen. Wesentlich ist aber auch die Schaffung von Stellen für gering Qualifizierte. Impulsgeber für diese Entwicklung könnte der Dienstleistungssektor und dabei insbesondere auch der Gesundheitssektor sein.

Hier könnten reine arbeitsmarktpolitische Programme zu wenig auslösen: Es ist fraglich inwieweit sich die Unterbeschäftigung der gering Qualifizierten infolge der demografischen Entwicklung verbessern wird. Hier ist besonders problematisch, dass der Anteil junger Erwachsener mit niedrigen Qualifikationen seit den 1990er Jahren sogar wieder leicht steigt. Insofern setzt eine Verbesserung der Situation voraus, dass die Schulsysteme den Zufluss neuer gering Qualifizierter auf den Arbeitsmarkt verhindern. Insofern sind hier die weiteren Arbeitsmarktentwicklungen von der Bildungspolitik abhängig.

Die zweite wesentliche Gruppe im Bereich der Langzeitarbeitslosen sind die Alleinerziehenden. Im Allgemeinen sind Alleinerziehende mit durchschnittlich 47 Wochen im Vergleich zu 33 Wochen bei den Arbeitslosen insgesamt deutlich länger arbeitslos. Demzufolge ist auch der Anteil der Langzeitarbeitslosen mit 41 % unter den arbeitslosen Alleinerziehenden besonders ausgeprägt (im Vergleich zu einem Anteil von 33 % unter allen Arbeitslosen). Hier ist eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, z. B. durch verbesserte Kinderbetreuungsangebote, vermehrte Teilzeit oder flexiblere Arbeitszeitgestaltung, notwendig (vgl. Bräuninger u. a. 2010).

¹ Langzeitarbeitslose sind nicht notwendig im SGB III und nicht alle arbeitslosen im SGB II sind Langzeitarbeitslos. Dennoch sind die meisten Langzeitarbeitslosen im SGB III.

Fazit

In den letzten Jahren ist die Arbeitslosigkeit insgesamt deutlich zurückgegangen. Hierzu hat auch die gute konjunkturelle Lage in den Jahren 2005 bis 2008 beigetragen. Aber auch in der jüngsten Krise ist die Arbeitslosigkeit kaum gestiegen. Ein großer Teil der Erfolge ist auf strukturelle Verbesserungen zurückzuführen. Diese basieren auf den Arbeitsmarktreformen in der ersten Hälfte des Jahrzehnts und auf der zurückhaltenden Tarifpolitik.

Trotz der Erfolge ist eine weitere Politik zur Verbesserung der Beschäftigung notwendig. Die Arbeitslosigkeit kann noch weiter abgebaut werden. Damit ein weiterer Abbau der Arbeitslosigkeit möglich wird, muss der qualifikatorische und regionale Mismatch bei der Arbeitslosigkeit weiter reduziert werden. Dazu ist eine angemessene Lohnpolitik ebenso notwendig, wie Verbesserungen bei Bildung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Literaturverzeichnis

Bräuninger, M.; Schlitte, F.; Stiller, S.; Zierahn U. (2008): Deutschland 2018 – Die Arbeitsplätze der Zukunft, Herausgegeben von PricewaterhouseCoopers und HWWI, Frankfurt am Main/Hamburg.

Bräuninger, M.; Tolciu, A.; Zierahn, U. (2010): Arbeitszeitflexibilisierung als Wettbewerbsvorteil, Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Hamburg.

Eichhorst, W.; Marx, P.; Thode, E. (2010): Atypische Beschäftigung und Niedriglohnarbeit – Benchmarking Deutschland: Befristete und geringfügige Tätigkeiten, Zeitarbeit und Niedriglohnbeschäftigung, in: Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA) (Hrsg.), Research Report, Nr. 25, Bonn.

Fuchs, J.; Hummel, M.; Klinger, S.; Spitznagel, E.; Wanger, S.; Zika, G. (2010): Der Arbeitsmarkt schließt an den vorherigen Aufschwung an, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) (Hrsg.), IAB-Kurzbericht, Nr. 18, Jg. 2010, Bielefeld.

Möller, J. (2010): The German labor market response in the world recession – de-mystifying a miracle, in: Zeitschrift für ArbeitsmarktForschung 42. Jg., Nr. 4 (Februar), S. 325–336.

Otto, A.H. (2010): Konjunkturschlaglicht: Arbeitsmarkterholung schreitet voran, Wirtschaftsdienst, 90. Jg., Oktober, S. 703-704.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2007): Das Erreichte nicht verspielen, Jahresgutachten 2007/08, Wiesbaden.

Südekum, J. (2006): Human Capital Externalities and Growth of High- and Low-Skilled Jobs, in: Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA) (Hrsg.), Discussion Paper, Nr. 1969, Bonn.

HWWI Policy Papers

der HWWI-Kompetenzbereiche „Wirtschaftliche Trends“ and „Hamburg und regionale Entwicklungen“

34. [Der Markt für die Entsorgung von Verpackungen in Deutschland: Situation und Reformoptionen](#)
Sven Schulze, Thomas Straubhaar, Hamburg, September 2010
33. [Wie leben und arbeiten Hamburgs Eltern? Auftrag und Chance für Hamburger Unternehmen](#)
Christina Boll, Nora Reich, Hamburg, Juni 2010
32. [Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Hamburger Hafens in Abhängigkeit vom Fahrrinnenausbau von Unter- und Außenelbe](#)
Michael Bräuninger, Alkis Henri Otto, Silvia Stiller, Hamburg, März 2010
31. [Implications of rising energy and transportation costs for future urban development: Hamburg – a city of the future!](#)
Ingrid Ott, Alkis Henri Otto, Silvia Stiller, Hamburg, February 2010
30. [Implikationen steigender Energie- und Transportkosten für die künftige Stadtentwicklung: Hamburg – Stadt mit Zukunft!](#)
Ingrid Ott, Alkis Henri Otto, Silvia Stiller, Hamburg, Januar 2010
29. [Implikationen steigender Energie- und Transportkosten für die künftige Stadtentwicklung: Innerstädtische Trends in Hamburg](#)
Alkis Henri Otto, Hamburg, Januar 2010
28. [Ökonomische Konsequenzen des Konsums von nicht in Deutschland versteuerten Zigaretten](#)
Michael Bräuninger, Silvia Stiller, Hamburg, Januar 2010
27. [Überprüfung der Methodik zur Schätzung der nicht in Deutschland versteuerten Zigaretten](#)
Michael Bräuninger, Sven Schulze, Hamburg, Januar 2010
26. [Gutachten zu den wirtschaftlichen Grundlagen für die Prognose des Luftverkehrsaufkommens am Verkehrsflughafen München](#)
Franziska Biermann, Michael Bräuninger, Jörg Hinze, Klaus Matthies, Friso Schlitte, Silvia Stiller, Henning Vöpel, Hamburg, Januar 2010
25. [Implications of rising energy and transportation costs for future urban development: Inner city trends in Hamburg](#)
Alkis Henri Otto, Hamburg, Januar 2010
24. [Entwicklungsperspektiven für die Stadt Hamburg: Migration, Pendeln und Spezialisierung](#)
Amelie Boje, Ingrid Ott, Silvia Stiller, Hamburg, Januar 2010
23. [Development perspectives for the City of Hamburg: Migration, commuting, and specialization](#)
Amelie Boje, Ingrid Ott, Silvia Stiller, Hamburg, December 2009
22. [Die Auswirkungen der Finanzkrise auf die deutschen Wohnimmobilienmärkte](#)
Alkis Otto, Hamburg, November 2009
21. [Einkommenseffekte von Erwerbsunterbrechungen – mit besonderer Berücksichtigung möglicher Elterngeldeinflüsse auf das Unterbrechungsmuster –](#)
Christina Boll, Hamburg, November 2009
20. [Das Machbare möglich machen](#)
Thomas Straubhaar, Hamburg, September 2009

19. Einige Beobachtungen zum Pendlerverhalten in Deutschland
Sven Schulze, Hamburg, August 2009
18. Economic Impacts of Climate Change on Cities – A Survey of the Existing Literature
Georgios Stasinopoulos, Hamburg, August 2009
17. Implikationen steigender Energie- und Transportkosten für die künftige Stadtentwicklung – eine globale Perspektive
Ingrid Ott et al., Hamburg, Juni 2009
16. Hamburger Wirtschaft im Sinkflug
Michael Bräuninger, Eckhardt Wohlers, Hamburg, Juni 2009
15. Der Automobilmarkt in Deutschland
Michael Bräuninger, Daniel Schneider, Hamburg, Juni 2009
14. Implications of rising energy and transportation costs for future urban development – a global perspective
Ingrid Ott, Alkis Henri Otto, Silvia Stiller, Hamburg, Juni 2009
13. Wissen schafft Wachstum. Wirtschaftspolitische Handlungsoptionen für Innovation und Fortschritt
Henning Vöpel, Hamburg, Juni 2009
12. Altersvorsorge und Konsumverhalten von Frauen in Deutschland
Henning Vöpel, Hamburg, Mai 2009
11. Biokraftstoffe: Ziele, Chancen und Risiken
Michael Bräuninger, Sebastian Schröer, Sven Schulze,
Hamburg, Januar 2009
10. Das Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz in Deutschland: Analyse potenzieller Effekte auf Geburtenzahl und Fertilitätsstruktur
Nora Reich, Hamburg, Dezember 2008
9. Champions des Sports 2008 - Ein empirischer Vergleich deutscher Sportstädte
Max Steinhardt, Henning Vöpel, Hamburg, November 2008
8. Regionale Unternehmens- und Beschäftigungsdynamik
Michael Bräuninger, Friso Schlitte, Hamburg, Dezember 2007
7. Erbschaftssteuer – Abschaffen ist besser als revidieren
Thomas Straubhaar, Hamburg, Dezember 2007
6. Gesundheitsentwicklung in Deutschland bis 2037 – Eine volkswirtschaftliche Kostensimulation
Michael Bräuninger et al., Hamburg, Dezember 2007
5. Ökologische Steuerreform in der Schweiz
Michael Bräuninger, Sven Schulze, Thomas Straubhaar
Hamburg, Oktober 2007
4. Champions des Sports – Ein empirischer Vergleich deutscher Sportstädte
Max Steinhardt, Henning Vöpel, Hamburg, Oktober 2007
3. Wirtschaftsfaktor Erdgasbranche
Michael Bräuninger et al., Hamburg, August 2007
2. Auswirkungen von Strompreiserhöhungen auf Preise, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit
Michael Bräuninger, Jörg Hinze, Norbert Kriedel, Henning Vöpel
Hamburg, April 2007
1. Demographische Entwicklung: Problem oder Phantom?
Sebastian Schröer, Thomas Straubhaar, Hamburg, November 2006

Das **Hamburgische WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)** ist ein gemeinnütziger, unabhängiger Think Tank mit den zentralen Aufgaben:

- die Wirtschaftswissenschaften in Forschung und Lehre zu fördern,
- eigene, qualitativ hochwertige Forschung in Wirtschafts- und Sozialwissenschaften zu betreiben,
- sowie die Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und die interessierte Öffentlichkeit über ökonomische Entwicklungen unabhängig und kompetent zu beraten und zu informieren.

Das HWWI betreibt interdisziplinäre Forschung in den folgenden Kompetenzbereichen: Wirtschaftliche Trends, Hamburg und regionale Entwicklungen, Weltwirtschaft sowie Migration Research Group.

Gesellschafter des im Jahr 2005 gegründeten Instituts sind die Universität Hamburg und die Handelskammer Hamburg.

Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)

Heimhuder Straße 71 | 20148 Hamburg

Tel +49 (0)40 34 05 76 - 0 | Fax +49 (0)40 34 05 76 - 776

infowww.hwwi.org